

Mittwoch, 16. Juli 2008

Im Testament Ansprüche auch rückwirkend regeln

GIESSEN (viv). Zum 1. Januar 2009 soll das Gesetz zur Veränderung des Erb- und Verjährungsrechts in Kraft treten. Gegenstand der Änderungen ist insbesondere die Erleichterung für den Verfasser des Testaments, Ausgleichsansprüche nicht nur für die Zukunft, sondern auch noch rückwirkend zu regeln.

Insoweit wird die Testiermöglichkeit erheblich zugunsten des Erblassers verstärkt. Der Gießener Anzeiger befragte zu diesem allgemein interessierenden Thema Jürgen Hirschmann, Fachanwalt für Erbrecht aus Gießen.



Interview

mit Jürgen Hirschmann,
Fachanwalt für Erbrecht

Welche Änderungen sind geplant?

Hirschmann: Ausstattungen, dies sind Zuwendungen für ein Kind, die über die normale Unterhaltspflicht hinaus gehen, so zum Beispiel die Kosten einer Meisterausbildung, sind nach dem Gesetz im Todesfall unter Kindern auszugleichen, das heißt als schon empfangene Vorleistung zu berechnen, es sei denn, bei der Zuwendung sei anderes angeordnet worden. Eine spätere Abänderung der Anrechnungspflicht ist durch den Zuwendungsgeber nach jetzigem Recht nicht mehr möglich.

Nach künftigem Recht kann aber durch ein Testament noch später angeordnet werden, dass eine derartige „Ausstattung“ von der Ausgleichspflicht ausgenommen ist.

Gibt es noch weitere Rechte, die nachträglich ausgeübt werden können?

Hirschmann: Ja, auch im Schenkungsrecht ändert sich die gesetzliche Lage zugunsten des Schenkers. Schenkungen sind grundsätzlich nicht auszugleichen, sofern bei der Zuwendung nichts anderes angeordnet wurde.

Auch hier gilt, dass der Schenkende in Zukunft nachträglich durch sein Testament anordnen kann, dass die Schenkung, die er früher einmal an ein Kind gab, im Erbfall doch noch rechnerisch zu berücksichtigen ist.

Können Eltern ab dem 1. Januar 2009 auch frühere Schenkungen als ausgleichspflichtig bezeichnen, wenn die Übertragung schon vor dem 1. Januar 2009 stattgefunden hat?

Hirschmann: Für Erbfälle, die vor dem Inkrafttreten des Reformgesetzes eingetreten sind, gilt das bisherige Recht fort. Für alle Erbfälle, die ab dem Inkrafttreten des Reformgesetzes eintreten werden, gilt dann das neue Recht. Dies gilt auch dann, wenn an Ereignisse aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Reformgesetzes angeknüpft wird.

Dies bedeutet: Die nachträgliche Anordnung über eine Ausgleichung einer Zuwendung in einem Testament ist auch wirksam, wenn sowohl die Zuwendung als auch die nachträgliche testamentarische Anordnung vor Inkrafttreten des Reformgesetzes erfolgt sind, aber der Erbfall erst nach Inkrafttreten der Reform eintritt.

Welche Bedeutung hat dies für Testierende?

Hirschmann: Schon jetzt können Anordnungen getroffen werden, die nach künftigem Recht erst nach dem 1. Januar 2009 Bedeutung haben werden. Dies ist bei der Abfassung von Testamenten durch den Erblasser zu überlegen und zu berücksichtigen.